

Stolper Tageblatt



Stolper Neueste Nachrichten
General-Anzeiger für Ostpommern

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage
Bezugspreis: Frei Haus vierteljährlich 16 50 Mt.,
bei Abholung von der Geschäftsstelle oder von den
Ausgabestellen vierteljährlich 15.— Mt., monatlich 5.—
Mt.; durch die Post bezogen vierteljährlich 16 50 Mt.
Fernsprecher Nr. 25 — Fernsprecher Nr. 926

Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kleinzeile
innerhalb des Stadt- und Landkreises Stolp 1.00 Mt.,
von außerhalb 1.25 Mt.; Reklamezeile 3.— Mt.;
Ermäßigung laut Tarif. — Anzeigen für andere
Zeitungen und Zeitschriften werden ohne Aufschlag
vermittelt. — Postkassentkonto Stettin Nr. 117

Nr. 11

Freitag, den 15. Januar 1922.

14. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Die deutsche Delegation in Cannes hat ihre ersten Besprechungen mit der Reparationskommission.
- Briand ist plötzlich nach Paris zurückgekehrt, um dem Ministerrat und der Kammer über die Verhandlungen des Obersten Rates Bericht zu erstatten.
- England macht den Abschluß eines Bündnisabkommens mit Frankreich von einer Verständigung in der U-Boot- und Abrüstungsfrage abhängig.
- Der Völkerbundsrat hat die vier Mitglieder der Saar-Regierungskommission auf ein weiteres Jahr bestätigt.
- Die Reparationsfragen sollen in Genua nicht erörtert werden.
- Präsident Loebe hat den Reichstag auf den 19. Januar einberufen.

Die Weisen von Cannes.

„Weißt du nicht, mein Sohn, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird?“ — So schrieb der schwedische Kanzler Graf Drenskjerna, der während des dreißigjährigen Krieges im Nebenamt so etwas wie der Regent Deutschlands war, an seinen Sohn. Wenn dieser es nicht wußte, der Alte konnte es wissen, und in mehr als einem Vierteljahrtausend hat sich an der betrüblichen Tatsache wenig geändert. Wir wissen es nicht erst seit heute, daß das folgenschwerste Dokument der Weltgeschichte, der sogenannte Friedensvertrag von Versailles, ein Erzeugnis schmachlichster Unkenntnis von den politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen Europas ist. Erleuchtete Wirtschaftspolitiker wie der Schwede Casel und der Engländer Keynes haben es auch unseren Feinden so deutlich gesagt, daß ihnen die Wahrheit nicht länger vorbeigehen bleiben konnte. Es gibt eine ganze Anzahl Staatsmänner in Amerika, in England, in Italien, selbst in Frankreich, die allmählich klar erkannt haben, welch ein Zeugnis traurigen Unverständes der Versailler Vertrag darstellt. Aber wie dort in Versailles die „big four“, die großen Vier, nur den Anfängen eines engstirnigen Eigennutzes folgten, aber von den tödlichen Konsequenzen ihres Machwerkes für das schwerkranke Europa nichts ahnten, so sehen ihre Nachfolger (von den Vier ist nur Lloyd George übriggeblieben) in Cannes vielleicht etwas klarer in die wirtschaftlichen Verstrickungen der Welt und in die wichtigsten Glieder zu amputieren, ohne den Rest zur Wutleere zu verdammen. Aber vor jeder Einzelfrage stehen sie trotz eines Heeres von Sachverständigen ebenso ratlos und von jeder vernunftgemäßen Einsicht verlassen, wie die Männer von Versailles.

Man hat sich in Cannes anscheinend bereit gefunden, Deutschland die Reparationslasten, unter denen es unsehbar erliegen müßte, zunächst für ein Jahr zu erleichtern und statt der 3,2 Goldmilliarden, die der Zahlungsplan von London von uns forderte, für dieses Jahr nur 700 Mill. zu verlangen. Die für dieses Zugeländnis gestellte Bedingung, daß Deutschland nach Möglichkeit die Sanierung seiner Finanzen im Innern anzustreben habe, ist grundsätzlich auch vom deutschen Standpunkt zu billigen. Aber wie sieht der Areopag von Cannes diese Bedingung in die Tat um? Er verlangt von Deutschland, daß es 1. seinen Posttarif nach Goldmark, nicht nach Papiermark bemesse (was im wesentlichen bereits geschieht), 2. daß es seine Eisenbahn- und Posttarife erhöhe (was in den Grenzen des Möglichen bereits geschehen ist und für die Eisenbahn am 1. Februar zur Tat werden wird), 3. daß es den Kohlenpreis zur Tat werden wird), 4. alle erforderlichen Maßnahmen nach der Einnahmeseite an der Hand der erwähnten Maßnahmen bereits im Gange ist), 5. Vorkehrungen gegen die Flucht des Kapitals nach dem Auslande treffe (wora es vor allem der Hilfe der fremden Staaten selbst bedürfen wird), 6. eine Revision des Statuts der Reichsbank vornehme (was zu billigen ist, um die Reichsbank gegenüber den Ansprüchen des Staates unabhängiger zu stellen). Endlich aber soll 7. jede weitere Ausgabe von Banknoten eingestellt werden.

Dieser Punkt 7 ist der Gipfelpunkt alliierter und assoziierter Weisheit. Man verlangt Goldzölle, wodurch der Warenpreis erhöht wird; das bedeutet eine Vermehrung der Zahlungsmittel. Man verlangt die Erhöhung der Tarife; das bedeutet die Notwendigkeit weiterer Umlaufmittel. Das gleiche gilt von der Erhöhung der Kohlenpreise. Man verlangt die Bilanzierung des Etats, was vermehrte Steuern und daher weitere Vermehrung der Umlaufmittel bedingt. Allen diesen Forderungen auf Vermehrung der Lasten aber, die einen erhöhten Bedarf an Geldscheinen mit sich bringt, setzt man das Verlangen nach Einstellung des Notendrucks entgegen. Das ist entweder eine Brutalität, weil ohne Vermehrung der Zahlungsmittel bei gleichzeitiger Vermehrung der Lasten die Deutschen ihre (im Durchschnitt des weiten Volk-

tes, nicht der Schieber und Schlemmer) nicht so arg eingeschränkte Lebenshaltung noch wesentlich herabsetzen, also am Hungertuche nagen müßten. Oder, und das ist wahrscheinlicher, man leistet sich eine Dummheit sondergleichen, wie sie nur der Weisheit der Briand und Konjorten möglich ist. Wenn der alte Drenskjerna seinen Sohn von seiner Behauptung wirklich überzeugen wollte, er hätte ihm nur die Bedingungen von Cannes vorzulegen brauchen, wie sie nach 270 Jahre nach seinem Briefe möglich gewesen sind.

Lloyd Georges Denkschrift.

Die Lage in England und Frankreich.

Im Einvernehmen mit dem britischen Ministerium hat Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten Briand eine Denkschrift überreicht, in der er ausführlich die augenblickliche Lage in England und Frankreich darstellt.

Lloyd George ist der Ansicht, daß Frankreich zwei Reserven zur Verfügung habe, und zwar einmal die Reparationen. Frankreich sei daran, seine verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen. Diese Summen könnten und müßten von Deutschland bezahlt werden. Ferner sei Frankreich besorgt wegen seiner zukünftigen Sicherheit.

In letzterer Hinsicht beruhigt Lloyd George und erklärt feierlich, England sei geneigt, die Verpflichtung zu übernehmen, mit seiner Streitmacht Frankreich zur Seite zu treten, wenn ein nicht provoziertes deutscher Angriff auf Frankreichs Boden erfolgt. Gewissensmaßen zur Begründung dieses englischen Schutzes für Frankreich weist die Denkschrift darauf hin, daß letzteres in den verflochtenen 120 Jahren viermal vom „Feinde“ befest worden sei. Lloyd George überfieht dabei geflissentlich, daß sich unter diesen „Feinden“ bekanntlich während der Kriege gegen Napoleon I. auch England selbst befunden hat! Im übrigen betont die Denkschrift, daß Deutschland trotz der erzwungenen Abrüstung noch sehr gefährlich für Frankreich sei, da es 20 Millionen Einwohner mehr als jenes habe. Jede weitere Verpflichtung militärischer Art gegenüber Frankreich oder gar anderen europäischen Staaten lehnt Lloyd George indessen kategorisch ab.

Warnung in der U-Bootfrage.

Garantiert England so die Sicherheit der französischen Ostgrenze, so fordert es andererseits auch Sicherheiten für sich selbst und zwar in bezug auf den Bau von U-Booten. Hier wird Lloyd George den Franzosen sehr deutlich und er erklärt:

„Die britische öffentliche Meinung würde unsehbar auf der Annahme eines großen Bauprogramms von U-Bootszertifikaten bestehen, wenn das französische Programm bezüglich der U-Boote durchgeführt werden sollte. Die beiden Länder würden also einen Wettkampfbetrieb beginnen. Die britische Regierung könne nicht verhehlen, daß eine solche Möglichkeit sehr ernstlich auf die britischen Gefühle gegen Frankreich und umgekehrt zurückwirken würde. Englands Verbindungswege zur See sind für England das, was die Ostgrenze für Frankreich ist. Ein Wettkampfbetrieb zur See in irgend einer Form zwischen Großbritannien und Frankreich würde den guten Willen unterhöhlen. Die britische Regierung schlägt also die Bedingung des Vertrages vor, daß die Admiralitäten beider Länder sich über ein neues Programm einigen, damit jede Rivalität bei den neuen Paktten zwischen ihnen vermieden werden kann.“

Lloyd George fordert Abrüstung.

Zum Schluß seiner Denkschrift kommt Lloyd George auf die Möglichkeit eines neuen, noch schrecklicheren europäischen Krieges zu sprechen, der die gesamte Zivilisation Europas ruinieren müsse. Um das zu verhindern, schlägt er vor:

„Es ist Sache der Alliierten, denen der Krieg große Verantwortlichkeit und eine ausgedehnte Machtfähigkeit gelassen hat, gemeinsam dieser Gefahr Widerstand zu leisten und sie zu beseitigen. Großbritannien schlägt also Frankreich und Italien eine notwendige und erste Zusammenarbeit für den Bau eines großen Systems europäischer Eintracht vor, welches unter den ersten seiner Aufgaben die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Nationen und die Verminderung der nationalen Rivalitäten zählt. Denn Großbritannien ist der Ansicht, daß dieses die einzige Art ist, durch die in Europa das Gefühl der Sicherheit unter den kleinen und großen Nationen erhalten wird, das es während der Jahrhunderte seiner politischen Geschichte noch nicht erreicht hat. Wenn der Einberufung der Wirtschaftskommission zugestimmt wird, wird diese eine Gelegenheit für die alliierten Großmächte Frankreich, Großbritannien und Italien bieten, eine Ära des Friedens auf ihrem eigenen Kontinent zu eröffnen, dessen vom Kriege verunstalteten Felder die Spuren einer schrecklicheren Geschichte tragen als die irgend eines anderen Kontinentes der Neuzeit.“

Bei dem in Frankreich noch ungebrochen herrschenden Chauvinismus und Militarismus ist es ganz klar, daß dieses Programm Lloyd Georges mit seiner kategorischen Forderung auf Einstellung des U-Bootbaus und auf Abrüstung Stürme des Protestes hervorrufen wird, die Briand leicht hinwegfegen können.

Die Deutschen in Cannes.

Kathenaus Erklärungen vor dem Reparationsausschuß.

Auf Verlangen Briands und mit Zustimmung Lloyd Georges hat die Reparationskommission die deutschen Delegierten über die am 15. Januar von Deutschland zu leistenden Zahlungen gehört. In längeren Ausführungen legte der Wortführer der deutschen Abordnung Dr. Rathenau dar, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, die erforderlichen fremden Zahlungsmittel zur Leistung der Reparationszahlungen zu erwerben.

Deutschland sei nicht in der Lage, mehr als 200 Millionen Goldmark am 15. Januar und 15. Februar zu zahlen. Diese Summe soll sich in der Weise verteilen, daß für den ersten genannten Zeitpunkt 80, für den zweiten 90 Millionen Mark und der Rest später entrichtet werden.

Rathenau erklärte sich namens der deutschen Regierung bereit, einige der Garantien, die von den Alliierten gefordert wurden, anzunehmen, besonders die Einstellung von Zuschüssen an gewisse Unternehmungen. Rathenau forderte sodann, vom Obersten Rat angehört zu werden. Die Reparationskommission erwiderte hierauf, daß sie dem Obersten Rate diesen Wunsch übermitteln werde. Nach der Aussprache mit der deutschen Delegation erstattete die Reparationskommission den alliierten Regierungen Bericht. Der Oberste Rat dürfte noch Zusatzerläuterungen von der deutschen Delegation verlangen.

Vor der Verhandlung mit der Reparationskommission hatte die deutsche Delegation eine längere Besprechung mit Loucheur und Robert Horne.

Das Programm für Genua.

Der Oberste Rat hat beschlossen, daß er an Genua als Tagungsort der europäischen Wirtschaftskonferenz festhält und daher den Währungsbericht der Sowjetregierung, die London vorgeschlagen hatte, nicht in Erwägung ziehen könne. Das Programm der Fragen, die auf der Konferenz in Genua erörtert werden sollen, ist jetzt endgültig festgesetzt. Es sind in der Hauptsache finanzielle und wirtschaftliche Fragen. Die Konferenz wird besonders die finanzielle Lage in den verschiedenen Ländern bezüglich der Arbeit des Wiederaufbaues prüfen, die Kaufkraft des nationalen Geldes, die heftigen Schwankungen des Wechselkurses und die Rückwirkungen, die die Lage und die Statuten der Banken auf die genannten Probleme ausüben. Diese Konferenz wird außerdem die Bedingungen prüfen, unter denen der öffentliche und der private Kredit in bester Weise für die Werke des Wiederaufbaues verfügbar gemacht werden kann. Ferner wird die Konferenz untersuchen, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden können, die sich gegenwärtig dem freien Austausch von Produkten der verschiedenen Länder entgegenstellen. Die Verbesserung und Entwicklung des Transportwesens wird besonders aufmerksam untersucht werden.

Sturm in Paris.

Plötzliche Abreise Briands aus Cannes.

Der Verlauf der Konferenz in Cannes hat zu einer französischen Krise geführt. Der Vorentwurf des englisch-französischen Bündnisses, den Briand zunächst der Pariser Regierung zur Rückäußerung zugesandt hatte, hat nicht die Billigung des französischen Ministerrates gefunden. Auch hat die vorbereitete Entscheidung in der Reparationsfrage in Paris Bedenken erregt, insbesondere soll der Präsident Millerand mit der Vertretung der französischen Interessen in Cannes unzufrieden sein. Der ablehnende Bescheid des Ministerrates sowie die zunehmende Mißstimmung des Parlaments, die in mehreren Adressen an die französische Delegation in Cannes zum Ausdruck kam, hat Briand veranlaßt, Cannes ganz plötzlich zu verlassen und nach Paris zurückzukehren, um seine Ministerkollegen über die Verhandlungen zu unterrichten und ihnen den Entwurf des englisch-französischen Abkommens vorzulegen bezw. auch der Kammer Bericht über die bisherigen Verhandlungen des Obersten Rates zu erstatten. Loucheur wird den Ministerpräsidenten in Cannes vertreten, während der Vorsitz des Obersten Rates so lange an Lloyd George übergeht. Briand wird Freitag in Cannes zurück erwartet, da Lloyd George spätestens Sonnabendabend die Rückreise nach London antreten will.

Poincares Vorstoß.

Einer der Hauptgründe für die plötzliche Entscheidung Briands, nach Paris zu fahren, war ein Telegramm Poincares, das dieser im Auftrage des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten nach Cannes geschickt hatte. In der Mitteilung Poincares heißt es, der Senatsausschuß sei einstimmig der Ansicht, daß die Reparationen unantastbar bleiben müssen, daß also keine Änderung des Londoner Zahlungsplanes angenommen werden könne. Ferner verlangt der Senat in dem neuen englisch-französischen Garantievertrag eine aus-

drückliche Bestätigung und Sicherung der Garantien und Pfänder, auf die Frankreich aus den Friedensverträgen ein Recht habe. Schließlich betont Boincare, daß die Beschlüsse in Cannes nicht ohne Mitwirkung des Parlaments wirksam werden könnten.

Briands „Erfolge“ in Cannes.

Vor seiner Abreise aus Cannes hat Briand sich von Lloyd George die Versicherung geben lassen, daß die Frage der Wiedergutmachung, die nur die Verbündeten angehe, auf keinen Fall aus der Konferenz in Genua angeschnitten werden dürfe. Ferner hat er angeblich durchgesetzt, daß in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Pariser Ministerrates vom dritten Januar der Preis der auf Wiedergutmachungskonto geleisteten deutschen Rohle nicht erhöht wird, sondern daß nach wie vor der deutsche Zulandspreis zur Berechnung kommt.

Ob diese „Erfolge“ ausreichend sein werden, um Briands erschütterte Stellung noch einmal zu retten?

Politische Rundschau.

— Berlin, den 13. Januar 1922.

— Entgegen der Meldung eines Berliner Blattes, daß das Verbot des Uniformtragens nicht mehr bestehe, wird amtlich erklärt, daß die betreffende Verordnung bisher noch nicht aufgehoben ist.

— Der Befehlshaber der französischen Division im Brückenkopf Düsseldorf, General Hennoque, ist durch General Simon ersetzt worden.

— Im gesamten Freizugsgebiet Danzig haben sich 4358 Personen für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich ausgesprochen.

• Die deutsche Industrie und Cannes. Im Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie erstattete Geheimrat Blicher einen Bericht über die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands, der durchaus pessimistischen Charakter trug. Geheimrat Blicher betonte vor allem, daß im Hinblick auf den fragwürdigen Erfolg der Konferenz von Cannes Deutschlands einzige Hoffnung auf die Konferenz von Genua gesetzt werden könne. Das wichtigste Problem für Deutschland sei gegenwärtig die Stabilisierung der Wirtschaft in Zentraleuropa und Rußland.

• Nur Teilabrückung der Rheinbefestigungen. In Ausführung einer Verfügung der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz hat das Oberkommando der französischen Rheinarmee angeordnet, daß die in die Wege geleitete und im Friedensvertrag geforderte Entfestigung der Rheinbefestigungen nicht statzufinden habe. Im Bereiche der Festung Mainz bleiben alle Werke und Fortanlagen auf dem östlichen Ufer des Rheines beiderseits des Mains bis auf weiteres bestehen, über die Zerstörung der linksrheinischen Befestigungen dagegen ergehen noch besondere Befehle. Gleiche Anordnungen sind für den Brückenkopf Köln gegeben, wo außer sämtlichen Forts auf dem Ostufer auch noch eine Anzahl Batteriestellungen beibehalten werden sollen.

• Verbot der Zugehörigkeit zu verfassungswidrigen Organisationen. In einem längeren Erlaß verweist der Minister des Innern auf die durch verschiedene Bekanntmachungen der Reichsregierung erfolgte Auflösung der Organisationen Eschrich, Hochbach, Wilsoff, Oberland, Hubertus und Hehnbred. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird in der Rundgebung betont, daß diese Verbote namentlich für die Polizeibeamten Geltung haben, zu deren besonderen Pflichten es gehöre, die bestehenden Gesetze mit Einsatz der ganzen Persönlichkeit zu schützen.

• Zentrum und Reichsschulgesez. Der sächsische Zentrumsabgeordnete Heflein kam bei einem politischen Referat in Dresden auch auf das Reichsschul-

gesetz zu sprechen. Der Abgeordnete führte dabei aus, der Reichsschulgesezentswurf enthalte in seiner heutigen Fassung Paragrafen, die für das Zentrum unannehmbar seien. Es handele sich dabei um diejenigen Paragrafen, die die konfessionelle Schule betreffen. Wenn diese Paragrafen nicht beibehalten bzw. geändert würden, somit das Recht der christlichen Eltern auf die Bekenntnisschule, das in der Reichsverfassung begründet sei, nicht auch im Reichsschulgesezentswurf unzweideutig festgelegt werde, dann würde sich die Zentrumsfraktion des Reichstages genötigt sehen, einen Volkssentscheid zu beantragen.

• Verhandlungen mit den Helgoländern. Im Laufe des Monats wird eine Zusammenkunft zwischen Vertretern Helgolands und der Reichsregierung stattfinden. Die Reichsregierung ist angeblich bereit, den Helgoländern für das Jahr 1920 einen gewissen Steuerzuschuß zu gewähren. Die Helgoländer ihrerseits rechnen aber mit weitgehenden Vergünstigungen, da die Sturmfluten im Oktober und Dezember des vergangenen Jahres auf der Insel einen großen Schaden angerichtet haben, den sie allein zu tragen nicht in der Lage sind.

Rundschau im Auslande.

• Das italienische Stationsfähri „Mirabella“ ist aus dem Hafen von Sebenico ausgelassen. Damit wird einer der Besatzungen Südslawiens Rechnung getragen.

• Das spanische Kabinett ist zurückgetreten.

• Der frühere Präsident von Peru, Cipriano, ist auf der Reise von Berlin nach Rom im Zuge verstorben.

Tschechoslowakei: Das Deutschtum in Böhmen.

• Ministerpräsident Beneš erklärte im verfassungswidrigen Ausschuß, daß die tschechoslowakische Regierung den Wünschen der Deutschen nach Vertreibung im Landesverwaltungsanschuß für Böhmen auch ohne Vermehrung der Mitglieder im Laufe des Monats Januar Rechnung tragen werde. Dieser Entschluß der Prager Regierung ist als erstes Zeichen des neuen politischen Sturzes gegenüber den Deutschböhmen anzusehen, den Präsident Masaryk bei seiner Neujahrrede angekündigt hat.

Irland: Das irische Friedenskabinett.

• Das Kabinett Griffith enthält vier der fünf Mitglieder der irischen Friedensdelegation. Der Verteidigungsminister Mulcahy ist der Stabschef und Organisator des nationalistischen Heeres. Auf Grund der Verhandlungen zwischen Griffith und der britischen Regierung sollen alle politischen Gefangenen einschließlich der zum Tode verurteilten freigelassen werden.



Stadt und Land

• Die Elternbeiräte. In der ersten Nummer der Zeitschrift „Elternbeiträge“ schreibt der ehemalige Kultusminister Haentisch: Es sind jetzt zwei Jahre verlossen, seit Preußen Elternbeiräte besitzt. Die Einrichtung wurde als verabscheuenswerte „Frucht der Revolution“ zuerst von den verschiedensten Seiten auf das heftigste angegriffen. Es fehlte auch nicht an Versuchen, die Elternbeiräte direkt zu sabotieren. Heute, nach zwei Jahren, sind uns auch die Elternbeiräte schon so selbstverständlich geworden, daß wir sie uns kaum mehr aus unserem Schulleben fortdenken können. Und selbst ein ganz reaktionärer Kultusminister dürfte heute nicht mehr den Versuch ihrer Beseitigung wagen. Niemand kann sich besser der zahlreichen Mängel bewußt sein, die den ersten Verfügungen über die Zusammensetzung und über die Befugnisse der Elternbeiräte anhafteten als ich, unter dessen Ministerchaft sie ins Leben traten. Bedenkt man aber, daß es sich damals um einen ersten Versuch auf einem in Deutschland noch nicht begangenen Wege handelte, so wird man diese Mängel doch vielleicht in milderem Lichte sehen. Jedenfalls hat sich ungeachtet der Unzulänglichkeiten der Grund-

gedanke der Elternbeiräte heute auf der ganzen Linie siegreich durchgesetzt — der Gedanke, daß Schule und Elternhaus in eine innigere Verbindung als früher kommen müssen, wenn sie den großen ihnen gemeinsam obliegenden Werke der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts gerecht werden wollen. Und je mehr die Schule ihren alten Charakter als den einer reinen Vernunftschule verliert, je mehr sie zur Erziehungsschule wird, die nicht nur den Intellekt des Kindes zu erziehen hat, sondern auch seinen Willen, sein Gemüt, seinen Charakter prägen helfen soll, desto notwendiger wird diese Wechselwirkung zwischen Schule und Elternhaus. Wie durch die gemeinsame Arbeit im Elternbeiträge die Lehrer immer besseren Einblick gewinnen werden in die sozialen und sonstigen Verhältnisse der Familientreife, denen die ihnen anvertrauten Kinder entflammen, so werden auf der anderen Seite durch diese gemeinsame Arbeit die Eltern eingeführt in ein tieferes Verständnis der schweren und verantwortungsvollen aber doch so schönen Aufgabe des Lehrers. Und das ist es, was uns nützt. Deshalb darf von einem Abbau der Elternbeiträge ebensowenig die Rede sein wie etwa von ihrer allmählichen Umwandlung in Schulsynoden, wie sie neuerdings propagiert wird. Vielmehr sollten auf Grund der nun reichlich gesammelten Erfahrungen die Elternbeiträge ausgebaut, ihre Rechte sollten erweitert und die ganze Einrichtung sollte in feste gesetzliche Formen gegossen werden. Das ist der Wunsch, den ich zum Jahreswechsel den Elternbeiträgen mit auf den Weg in das dritte Jahr ihres Bestehens geben möchte!

• Wettervorhersage Veränderliche Bewölkung, geringe Niederschläge, etwas kälter, schwache umlaufende Winde.

• Die Wahlen zur Angestellten-Versicherung. Man schreibt uns: Die weiblichen Versicherten in der Angestellten-Versicherung bilden fast die Hälfte der Gesamtzahl der Versicherten. Neben den Angestellten im Handel, der Industrie und bei Behörden, sowie auf Privatsdienstverträgen eingestellt sind, gehören die Privatlehrerinnen, die Berufs-Krankenschwestern, die Sozialbeamtinnen, die Kindergärtnerinnen, die Musiklehrerinnen, die Gutsbeamtinnen und Hausbeamtinnen dazu, aber auch alle diejenigen früher versicherungspflichtigen Angestellten, die nach Übergang in das Beamtenverhältnis ihre Angestellten-Versicherung freiwillig aufrecht erhalten haben. Die weiblichen Versicherten haben bisher schon in den einzelnen Organen der Angestellten-Versicherung ihre Vertretung gehabt: in den Ortsauschüssen der Vertrauensmänner, im Rentenausschuß, Verwaltungsrat, seit einiger Zeit auch im Schieds- und Oberschiedsgericht. In allererster Linie sind es die im Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten (WBA) zusammengefaßten geschlossenen kaufmännischen Angestellten, die ja auch zahlenmäßig am stärksten sind, die für eine rege Mitarbeit innerhalb der Angestellten-Versicherung, ihre Erhaltung und ihren Ausbau eintreten und sich dabei betätigen. Sie sind es auch, die sich gemeinsam mit allen anderen Frauenberufs-Verbänden einer Verdrängung durch die Invaliden-Versicherung mit Entschiedenheit widersetzen. Würden sie doch dadurch nicht allein wesentliche Vorteile aufgeben, sondern sich auch des Rechts auf Mitwirkung in der Verwaltung begeben, denn die Invaliden-Versicherung kennt die Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten nicht, und als Beisitzer für die Verdrängungsämter, die zugleich Wahlkörperchaften für die anderen Behörden sind, sind nur Männer wählbar, ein für die heutigen Begriffe der berufstätigen Frauen unhaltbarer Zustand. Es ist begreiflich, daß sich die weiblichen Versicherten wehren, ihre in der Angestellten-Versicherung erworbenen Rechte preiszugeben. Bei den bevorstehenden Wahlen werden sich daher die weiblichen Versicherten geschlossen für die Listen der auf dem Boden der Aufrechterhaltung der Angestellten-Versicherung stehenden Verbände einsetzen — Von den Haupt-Ausschuß-Verbänden gehen uns folgende Zeilen zu: Die Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts haben am nächsten Sonntag zu entscheiden, ob die Angestellten-Versicherung ausgebaut und aufrecht erhalten werden soll, oder aber ob diese mit der Invaliden-Versicherung verschmolzen werden soll. Die Verschmelzung der Angestellten-Versicherung mit der Invaliden-Versicherung ist bekanntlich von dem Afa-Bund auf das lebhafteste betrieben. Dem Afa-Bund wird dabei verschwiegen, daß die Angestellten-Versicherung in bezug auf Verwaltung, Leistung, und Aufbau gegenüber der Invaliden-Versicherung weit besser dasteht. Bekannt ist, daß die Landesversicherungs-Anstalten der Alters- und Invaliden-Versicherung samt und sonders verschuldet sind, während die Angestellten-Versicherung bisher rund zwei Milliarden Mark Überschuß aufzuweisen hat. Die Verwaltungskosten der Invaliden-Versicherung

Eifersucht.

Roman von G. D. Wiemann.

Copyright 1921 by Wiemanns Zeitungsverlag Berlin W 66.
13. Fortsetzung.

„Gut“, antwortete diese ebenso. „Du hast mir ja bei Papa die Wege geebnet. Er ging über die ganze Angelegenheit schnell hinweg. Ich will nun die ganze Sache an mich heran kommen lassen.“

„Selbstverständlich“, versetzte Konstanze, „und etwas anderes bleibt dir auch nicht übrig. Und ich denke doch, daß dieser Leßburg wohl ein schlauer Patron ist, der seine Interessen meisterhaft zu wahren versteht, aber ein kompletter Lump kann er doch nicht sein.“

„Nein“, sagte Margot bestimmt. Aber in ihren dunklen Augen glitzerte es eigenartig.

Die blonde Hausfrau war von dem Gaste, Margot Drejen war von dem Hausherrn zu Tisch geführt worden. Es war, trotzdem sie nur vier Personen waren, sehr feierlich und festlich, beinahe als handle es sich um einen zeremoniellen Repräsentationsakt. Es gab Königin-Suppe, köstliche Forellen, den delikaten Hasenbraten, Pudding, Bombe, Prinz Pücker. Und dazu einen tiefroten Burgunder, duftenden Mosel und einen guten deutschen Sekt. Und der Wein tat seine Schuldigkeit.

Als Doktor Drüberg seine Gäste begrüßt, Baron Felix von Kahlen für die herzliche Aufnahme gedankt hatte, war das Eis gebrochen, und die fröhliche Unterhaltung riß alle vier Personen bald in ihren Bann.

Der Rechtsanwalt sprach zu Margot Drejen lächelnd seine Überzeugung aus, daß sie wohl ihre Pläne, Sura zu studieren, aufgegeben habe. Und am Ende sei es auch wohl errealischer, eine so reizvolle junge Dame im Gesellschaftsgewande, als in der Toga einer Advokatin zu sehen.

„Sie sind so schön, Fräulein Margot“, scherzte er. „daß ich mir Sie gar nicht als Rechtsvertreterin vorstellen kann. Sie würden die gesamte männliche Anwaltschaft aus dem Sattel heben und jeden Richter beeinflußen.“

„Sie trank ihm zu. „Selbst auf diese Gefahr hin möchte ich es doch versuchen, meinen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Sie sagten, ich sei schön. Aber mein Gott, die Häßlichen haben doch wohl kein Privilegium, studieren zu dürfen. Ich bin einsam, Herr Doktor, und möchte mir Tätigkeit schaffen.“

„Sie einsam, Fräulein Margot?“ versetzte er, indem er das Champagnerglas der jungen Dame wieder füllte. „Mir scheint, Sie würden nur zu sehr begehrt“, und er schickte einen kennzeichnenden Blick auf den Baron hinüber. „Ich wette, Sie werden keine Zeit zum Studieren behalten.“

„Und was sollte mich abhalten? Denn ich kann doch Konstanze nicht für mich allein beanspruchen. Sie ist ja meine Freundin, aber noch viel mehr und in erster Reihe ist sie doch Ihre Frau.“

„Sowohl, meine Frau“, antwortete Erich lächelnd, „und eine Frau, auf die ich mit Recht sehr stolz bin. Aber ich zweifle gar nicht daran, daß es auch Ihnen, verehrtes Fräulein Margot, beschiden sein wird, die Frau eines Mannes zu heißen, der auf Sie sehr stolz sein wird. Und dann ist Ihre Lebensaufgabe Ihnen vorgezeichnet, die, Ihren Gatten glücklich zu machen.“

„Ich glaube, eine solche Aufgabe kommt für mich zu spät“, sagte Margot mit verhaltener Stimme.

Aber Konstanze hatte diese Worte gehört. Mit einem neckischen Blicke streifte sie ihre Freundin und dann den Baron von Kahlen.

„Wie ist es möglich“, rief sie, „daß sich in unserer Kleinen, aber doch so seelensrohen Tafelrunde zwei Menschen befinden, junge, charmante und liebenswerte Menschen, die beide dieselbe seltsame Passion zu haben scheinen, nämlich die, Einsiedler zu werden? Hast du es vernommen, Erich? So wie meine Freundin Margot denkt auch der Herr Baron. Du lieber Himmel, und dabei haben die Herrschaften doch keinerlei Erfahrungen erlebt, die sie zu solchen entgegengesetzten Entschlüssen führen oder dieselben erklären könnten. Damit müssen Sie aufräumen, Herr Baron, liebe Margot, und ich schlage vor, wir wollen darauf anstoßen, daß Sie bald, recht bald andere Menschen werden!“

Die Gläser klangen unter heiteren Begleitworten aneinander, auch die beiden, denen der kleine Trinkspruch galt, schauten jetzt so drein, als seien sie mit dem von der Hausfrau ausgesprochenen Wunsche einverstanden. Nur Konstanze hatte es bemerkt, daß Felix von Kahlen, als er sich vor ihr verneigte, einen leidenschaftlichen Blick auf sie fallen ließ. Sie quittierte darüber mit einem schelmischen Augenaufschlag, der dem Baron noch stärker das Blut zum Kopfe steigen ließ, als es schon der Fall war.

Man hatte nach beendeter Mahlzeit den Kaffee eingenommen und war dann in das Musikzimmer ge-

gangen, wo der Baron ein wildes slawisches Lied sang, das er während seines Garnisonaufenthaltes im Osten kennen gelernt hatte. Dann trug Konstanze einige Lieder vor, und Felix von Kahlen begleitete sie. Erich Drüberg und Margot verweilten in dem daneben liegenden Salon und lauschten.

Büblich fragte Margot Drejen leise: „Wie lange kann es noch dauern, bis der Prozeß gegen Leßburg und die Hilbert verhandelt wird?“

„Möglicherweise wird die Verhandlung noch vor Weihnachten erfolgen“, antwortete der Rechtsanwalt. „Mehr als bis jetzt ermittelt ist, wird kaum jeztustellen sein. Die beiden Angeklagten brauchen dann nicht mehr die Feiertage in Ungewißheit wegen ihres künftigen Schicksals zu verleben. Und das kann man auch einem hartgesottenen Verbrecher gönnen.“

„Sie halten Leßburg für einen hartgesottenen Verbrecher?“ fragte das junge Mädchen fast erschreckt.

„Nein“, sagte Drüberg, „er ist mehr leichtsinnig, als gewissenlos. Vor allem aber ist er, soweit ich die Menschen beurteilen kann, maßlos eitel.“

Margot wechselte unter diesen scharfen und bestimmten Worten die Farbe. „Und wie denken Sie über die Edith Hilbert?“

„Das ist ein armes, liebes Kind, das in seinem jungen Leben wenig Freude gehabt hat, und sie wird leicht nie haben.“

Margot atmete schwer. „Sie glauben also, daß sie unschuldig ist, daß sie freigesprochen werden wird?“

„Das hoffe ich zuversichtlich“, antwortete der Rechtsanwalt.

Die junge Dame schlug die Hände vor das Gesicht. Ihre Stimme klang kaum vernehmbar, als sie nun fortfuhr: „Man hat allerlei gehört, daß sich die beiden näher gekannt hätten. Ist es nun möglich, daß sie sich heiraten könnten, wenn auch Leßburg verurteilt wird? Wie hoch würde seine Strafe denn etwa werden?“

Erich Drüberg blickte Margot forschend an. „Wie kam sie zu der Vermutung, daß der Defraudant und Edith sich einander heiraten könnten? Würde sie etwa von der flüchtigen Liebelei der Weiden? Nach ein paar Küßchen muß doch nicht gleich geheiratet sein.“ Der Rechtsanwalt glaubte auch nicht, daß Edith eine Neigung für den hübschen Spitzbuben haben könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtssaal

Stolper Schwurgericht.
4. Tag der Verhandlung. — Sitzung vom 12. Januar 1922.

Gefälschte Frachtbriefe brachten den Kartoffelhändler Max Roschmid aus Bütow vor die Geschworenen. Gelegentlich seiner Tätigkeit als Kartoffelaufkäufer hatte er einige Frachtbriefe fälschlich angefertigt, um auf diese Weise in den Besitz von 50000 Mark zu kommen, die eine Kartoffelfirma aus Breslau bei der Deutschen Bank, Depositenkasse in Bütow hinterlegt hatte. Außer der Fälschung wurde dem aus der Haft vorgeführten Angeklagten noch versuchter Betrug und unerlaubter Kartoffelhandel zur Last gelegt.

Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Sah; die Verteidigung hatte Rechtsanwalt v. Zeddelmann übernommen.

Der Angeklagte hatte sich nach Beendigung des Krieges dem Handel zugewandt. Als im Herbst vorigen Jahres alles im Kartoffelhandel tätig war, ließ sich auch der Angeklagte die Gelegenheit nicht entgehen und wurde Kartoffelhändler. Nachdem er mit der Breslauer Firma in Verbindung getreten war, stellte sie ihm bei der Depositenkasse in Bütow ein Akkreditiv über 50000 Mark. Der Angeklagte, der wohl Kartoffeln in Aussicht, aber mit einigen Ausnahmen keine zu verladen hatte, kam dann auf den Gedanken, seine enormen Schulden dadurch zu tilgen, daß er sich das bei der Bank liegende Geld auszahlen ließ. Die Gelegenheit zur Beschaffung der abgeformelten Duplikatfrachtbriefe bot sich ihm, als er eines Abends auf dem Bahnhof in Barmow zu tun hatte. Ein Bahnbeamter hatte ihm in seiner Gutmütigkeit früher einmal erlaubt, in seinen Aufenthaltsraum zu kommen und sich aufzuwärmen. An den fraglichen Abend machte er wieder hiervon Gebrauch. Da der Beamte schlief, benutzte er die auf dem Tische liegenden Stempel und drückte sie auf den Frachtbriefen ab. Nachdem er dann noch die Briefe ausgefüllt hatte, wollte er einige Tage später das Geld bei der Bank abheben. Man wurde dort jedoch stutzig und verzögerte die Herausgabe des Geldes. Als er eine Stunde später erschien, wurde er festgenommen.

In heutiger Verhandlung gab der Angeklagte die Tat zu und sicherte sich dadurch die mildernden Umstände. Nach dem Spruche der Geschworenen der schweren Urkundenfälschung und des Betruges schuldig, verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis. Von dieser Strafe wurden zwei Monate als verbüßt erachtet. Von der Anklage des unerlaubten Kartoffelhandels wurde er dagegen freigesprochen.

Freier Meinungsaustrausch

(Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Redaktion nur die präzise Verantwortung.)

An das Finanzamt.

Trotz der bisherigen Bekanntmachungen herrscht in weiten Kreisen der Steuerpflichtigen noch völlige Unklarheit über folgende Fragen: 1. Wie läuft jetzt das Steuerjahr, mit dem Kalenderjahr — oder wie bisher: von April bis März? 2. Für welche Zeit sollen jetzt gelebte Steuerarten abgeliefert werden — für das Kalenderjahr 1921 oder für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921? 3. Wenn Kinder unter 17 Jahren bereits einen Verdienst (vielleicht 100—200 Mark monatlich) haben, ist dieser dann dem Verdienst des Vaters (Ernährers der Familie) hinzuzurechnen und mit diesem zu versteuern? — Eine kurze, klare Beantwortung dieser Fragen wäre sehr erwünscht.

Mehrere Steuerpflichtige.

Aus aller Welt

**** Goldene Aufstellung.** Der Hamburger Handelsattache der rumänischen Regierung teilte der Hamburger Kriminalpolizei mit, daß aus Rumänien sechs Waggons im Einrollen nach Hamburg sind, die angeblich Nessel enthalten, in Wirklichkeit aber zum Goldschmelzen benutzt wurden. Beamtete begaben sich nach dem Güterbahnhof, wo zunächst ein im Ausladen befindlicher Wagon unter Aufsicht gestellt wurde. Die Hamburger Kriminalpolizei nimmt an, daß ein Teil der Nessel mit geschmolzenem Gold gefüllt ist. Nach Angabe des Attaches soll es sich um Gold im Werte von mehreren Millionen Reichsmark handeln.

**** Lohnsätze in der sächsischen Blumenindustrie.** In der Sächsischen Blumenindustrie sind etwa 2500 Personen wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

**** Große Schiebung bei der Eisenbahn.** In Nachen ist es in der letzten Zeit der dortigen Eisenbahndirektionsstelle gelungen, große Unterschlagungen und Schiebungen von Waggonsladungen nach dem Kreise Geldern aufzudecken. Es soll sich um etwa 30 bis 40 Waggons handeln. Geschädigt ist ein großes Werk aus der Nachener Gegend. Verschiedene Angestellte des Werkes wurden verhaftet. Eisenbahner sind mit einer einzigen Ausnahme in die Sache nicht verwickelt. Als Fehler wurden angesehene Persönlichkeiten aus dem Kreise Geldern in Haft genommen.

**** Lawinengefahr in den Alpen.** Die ungeheuren Schneefälle, die jetzt durch Tauwetter abgelöst worden sind, haben in den Alpenländern eine große Lawinengefahr geschaffen. Aus Halltal bei Innsbruck wird ein neues Unglück gemeldet. Dort wurde ein Salzbergwerkarbeiter durch eine Lawine verschüttet. Im Salzburger ging eine Lawine bei Saalfeld nieder und begrub fünf Holzarbeiter, von denen drei noch unter der Schneelast verschüttet liegen.

**** Freiwillige Verlängerung der Arbeitszeit.** In Ziegelbrück (Schweiz) haben die Arbeiter einer der größten Textilfabriken in einer geheimen Abstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, eine angekündigte Lohnherabsetzung durch Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 52 Stunden auszugleichen.

Volkswirtschaft

3. Berlin, 12. Januar. (Börse.) Die Stimmung der Börse hat völlig gewechselt, obwohl das Geschäft nicht sehr groß war. Es ist scheinbar ausverkauft, denn es kommt keine Ware mehr heraus. Die Spekulation geht zu Rückkäufen und Dedungen über. Geld ist sehr leicht, die Kurse sind im Laufe einer Woche bis um 600 Prozent zurückgegangen. Die neue Befestigung in Devisen und Dollar (183) wirkte anregend. Die Kursveränderungen waren größtenteils mäßig; aber die Tendenz war fest.

3. Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	12. 1.	11. 1.	1914
100 holländische Gulden	6653	6493	167,— M.
100 belgische Franken	1433	1398	80,— "
100 dänische Kronen	3621	3514	112,— "

100 schwedische Kronen	4505	4420	112,— "
100 italienische Lire	780	759	80,— "
1 englisches Pfund	764	748	20,— "
1 Dollar	189	176	4,20 "
100 französische Franken	1497	1458	80,— "
100 schweizerische Franken	3496	3426	80,— "
100 tschechische Kronen	288	284	—,— "

Stand der polnischen Mark. Die polnische Mark notierte heute in Danzig: Geld 6,37 1/2, Brief 6,40 1/2.

Letzte Nachrichten.

Paris, 13. Januar. Das Ministerium Briand ist zurückgetreten. Der Präsident hat die Demission angenommen. Wie verlautet, ist Poincaré mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden.

Kabinettsrat in Berlin.
— Berlin, 12. Januar. Heute nachmittag 6 Uhr hielt die Reichsregierung eine Kabinettsitzung ab, in der sie sich außer mit anderen Angelegenheiten auch mit einigen Einzelfragen, die das Reparationsproblem betreffen, befaßte.

Die zweite Aussprache mit Rathenau.
— Cannes, 12. Januar. Die Reparationskommission ersuchte Rathenau, heute Donnerstag seine Ausführungen fortzusetzen. Er äußerte aber den Wunsch, vorher die Punkte zu erfahren, über die man ihn befragen wolle, damit er die Unterlagen beibringen könne. Die Reparationskommission beschloß, diesem Wunsche zu entsprechen. Die zweite Verhandlung mit der deutschen Delegation wurde daher auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Baldiger Schluß in Cannes.
— Cannes, 12. Januar. Wie hier verlautet, besteht die Absicht, die Konferenz am Sonntag mittag zu schließen, gleichgültig, ob Briand noch als französischer Ministerpräsident nach Cannes zurückkehrt, um die schwebenden Verhandlungen zum Abschluß zu bringen oder nicht. Lloyd George und die Mitglieder der englischen Delegation beabsichtigen, Cannes am Sonntag abend zu verlassen.

Briand bleibt.
— Paris, 12. Januar. Es verlautet, daß die Minister die Erklärungen Briands einstimmig gebilligt haben und daß er heute nachmittag vor der Kammer erscheinen werde. Briand hatte vor Beginn des Ministerrates eine Unterredung mit Millerand.

Der schwierige Flottenvertrag.
— Washington, 12. Januar. Die Führer der Abordnungen haben in zwei Sitzungen die Prüfung verschiedener Punkte des Flottenvertrages vorgenommen, dessen Besprechung sich in die Länge zieht. Sarraut griff in die Verhandlungen ein und verlangte verschiedene Änderungen im Text. Die Debatte lag besonders zwischen Engländern und Amerikanern: Sie zog sich sehr in die Länge, besonders wegen der völligen Vernichtung einiger ausrangierter Schiffe, deren Beibehaltung ursprünglich vorgesehen war. Die Ansichten der beiden Länder über diesen Punkt gingen ziemlich weit auseinander.

Neue Zarttarifkürzungen.
— Berlin, 12. Januar. Innerhalb der Reichsregierung plant man eine weitere beträchtliche Herabsetzung der Eisenbahn- und Posttarife. Es soll angeblich damit den Forderungen der Entente nachgekommen werden. Namentlich sollen die Gütertarife erhöht werden.

Besserstellung der Staatsarbeiter.
— Berlin, 12. Januar. Wie halbamtlich erklärt wird, haben sich die Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter grundsätzlich auf eine Stundenlohnherabsetzung von 75 Pfennig für Männer, 50 Pf. für Frauen über 22 Jahre alt und 30 Pf. für noch nicht 22 Jahre alte Arbeiterinnen geeinigt.

Die „Herren“ Deutschlands.
— Berlin, 12. Januar. Von dem berüchtigten General Koller, dem Vorsitzenden der Militärüberwachungskommission der Entente, ist neuerdings wieder ein Befehl ergangen, die Kontrolle über die Reichswehr bedeutend zu verschärfen und auch die einzelnen deutschen Soldaten genau zu kontrollieren.

Friede in Irland.
— London, 12. Januar. Wie die Blätter melden, beginnt heute die Zurückziehung der britischen Streitkräfte aus Irland.

U. S. B. und Munitionserzeugung.
— Leipzig, 12. Januar. In der am Mittwoch abend von der U. S. B. im Verfolg ihres Parteitages veranstalteten „internationalen Kundgebung“, die von vielen Tausenden von Arbeitern besucht war, wurde einer bereits vom Parteitag angenommenen Resolution zugestimmt, worin der Parteitag die deutsche organisierte Arbeiterklasse auffordert, die Kontrolle der Munitionsfabriken so durchzuführen, daß jede geheime Erzeugung unmöglich bleibt. Das Mißtrauen gegen Deutschland könne nur überwunden werden, wenn die Arbeiterklasse, deren Friedenswille die stärkste moralische Garantie für alle Völker bildet, ihre gesamte Macht und ihren entschlossenen Willen in den Dienst der Organisation des Friedens stellt.

Sprengen von Baumstubben

schafft

Brennholz und Ackerland

Kostenlose Druckschriften und jede Auskunft von der

Dresdner Dynamitfabrik A.-G., Dresden

Lager-Vertreter: **Paul Tichle, St.-P. i. Päm.**

Schriftleitung, Druck und Verlag: Otto Reiterstrass, Leipzig.

find um das dreifache höher als die der Angestellten-Versicherung. Bei der Wahl am kommenden Sonntag haben die Angestellten zu entscheiden, ob sie ihren Angestelltenstand als solchen behalten wollen, oder ob sie in dem Heer der Arbeiter verschwinden wollen. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, daß alle männlichen und weiblichen Angestellten in Stolp, die 21 Jahre alt sind, am Sonntag an die Wahlurne gehen und ihren Stimmzettel abgeben. Als Wahl-Legimation gilt die Versicherungskarte. Wahlberechtigt sind auch die Angestellten, die aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind, oder auch eine private Versicherung abgeschlossen haben.

*** Fußballerlagung.** Der Bezirk Köslin des Verbandes pommerischer Sport- und Spielvereine hielt am Sonnabend in Belgard eine Bezirksversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß dem Bezirk im letzten Jahre acht Vereine mit ungefähr 1000 Mitgliedern beigetreten sind. Soweit gehören heute dem Bezirk 20 Vereine mit nahezu 5000 Mitgliedern an. Aus dem Bericht der Leichtathletik ist zu entnehmen, daß der Bezirk eine ganze Anzahl Leichtathleten hat, die 10 bis 33 erste Preise errangen. Als erster Vorsitzender wurde einstimmig Lehrer Boldt-Köslin, als zweiter Vorsitzender Zappe-Neustettin, als Geschäftsführer Kretschmann-Köslin, als Kassierer Kunzmann-Belgard, als Obmann des Jugendauschusses Pergande-Belgard gewählt. Der Fußballauschuß wurde den drei Kösliner Sportvereinen übertragen. Es wurde ein Antrag angenommen, daß ein Schiedsrichter, der ein Verbandsmitglied sein soll, sich vorher einer Schiedsrichterprüfung zu unterwerfen hat.

b. Zentralverband der Dachdecker Deutschlands. In der Generalversammlung war auch der Gauleiter Görnig-Berlin anwesend, der über den Verbandstag in Thale am Harz berichtete. Der Jahresbericht des Ortsvereins ergab eine Zunahme von 16 Mitgliedern. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Die Kasse wurde für richtig befunden und dem Kassierer Zahmel Entlastung erteilt.

*** Mangel an Mauern und Zimmerern.** Erhebungen des Preussischen Handelsministers haben ergeben, daß ein zum Teil sehr fußlauer Bedarf an Mauern und an Zimmerern besteht, dem ausreichendes Angebot von gelernten Bauhandwerkern nicht gegenübersteht. Minister Siering hat daher die Handwerkskammern aufgefordert, der Beseitigung dieses Mischandes alle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Kammern werden zunächst die Baugewerbetreibenden und insbesondere deren Innungen zu veranlassen haben, überall für eine ausreichende Entlohnung der Lehrlinge zu sorgen. Gleichzeitig werden etwa noch bestehende Beschränkungen der Lehrlingszahl im Mauer- und Zimmergewerbe baldigt aufgehoben sein. Die Kammern werden trotzdem in der Lage sein, etwa auftretenden Fällen von Lehrlingsmangel mit dem erforderlichen Nachdruck zu begegnen. Dem bestehenden Mangel will man weiter durch Umschulung von erwerbslosem Bauhilfsarbeitern abhelfen.

*** Ablauf der Demobilisationsverordnungen.** Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist nicht damit zu rechnen, daß die gesamten Verordnungen am 31. März außer Kraft treten. Inwieweit die Vorschriften und in welcher Form sie bestehen bleiben, das ist Gegenstand von Verhandlungen. Ueberlebte Vorschriften werden außer Kraft gesetzt werden. Eine Ueberspannung der Vorschriften entspricht nicht der Absicht des Reichsarbeitsministeriums.

*** Jugendliche auf verbotenen Wegen.** Das Polizeipräsidentium Stettin schreibt: Nach immer werden Jugendliche unter 16 Jahren ohne Begleitung Erwachsener in Tanz- und Schantwirtschaften angetroffen, wo sie sich dem Alkoholgenuß oder dem Tabakrauchen hingeben. Abgesehen von den gesundheitsschädlichen Folgen scheint es nicht hinreichend bekannt zu sein, daß das Verbot von Branntwein und Tabakwaren an Jugendliche sowie ihr Aufenthalt in Wirtschaften ohne Angehörige verboten ist, weshalb diese Bestimmungen erneut in Erinnerung gebracht werden.

*** Die Wirkung der Dfiseebäder.** In der Gemeindevertretung in Wisdroy gab Geheimrat Köhling einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Dfiseebäderverbandes. Bemerkenswert war insbesondere das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung der Gesellschaft für Meerestherapie, welches feststellte, daß die Wirkung der Dfiseebäder denen der Nordsee gleichkommt.

*** Die Notwendigkeit des Zeitungslens.** Ein bemerkenswertes Urteil hat kürzlich das Landgericht München 2 über zwei Holzarbeiter gefällt, die wegen Nichtlesens der Zeitungen die Verordnung über unbefugten Waffenbesitz nach der Milieuerkundung übertreten hatten. Das Gericht bezichtigte das Nichtlesen von Zeitungen als eine grobe Fahrlässigkeit und ließ auch die Einwendung nicht gelten, daß die Arbeiter in ihren Gebirgsdörfern keine Zeitungen zu lesen bekämen.

*** Beschlagnahme** wurde ein goldener Trauring, gez. J. A. 25. 12. 1889, den der Betroffene vor langer Zeit gefunden haben will. Der Eigentümer wolle sich bei der Kriminalpolizei melden.

*** Die Maul- und Klauenseuche** unter dem Viehbestande des Gutes Gesorke ist erloschen.

*** Stadttheater.** Auf das heute stattfindende 5-aktige Drama „Sohoms Ende“ sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders hingewiesen. Des großen Erfolges wegen sieht sich die Direktion veranlaßt die Straußsche Meisteroperette „Der Zigeunerbaron“ am kommenden Montag noch einmal zu wiederholen. Der Vorverkauf ist bereits eröffnet.

Lauenburg. Um 2 Uhr nachts brach in einem Stall der hiesigen Notwohnungen am Bahnhof Neue Welt Feuer aus. Es wurde erst bemerkt, als das Stallgebäude in hellen Flammen stand. Leider sind zwei Schweine, eine Ziege, 20 Hühner, Feuerungsmaterial und sonstige Gegenstände, die in den Ställen aufbewahrt waren, dem Feuer zum Opfer gefallen. — In einem Hause in der Paradestraße wurde ein Einbruchdiebstahl verübt. Gestohlen wurden: 2 Schinken, 2 Stück Speck und eine Spickbrust.

Lauenburg. Der Parteisekretär Gegner aus Stolp stand vor dem hiesigen Schöffengericht unter der Anklage, gelegentlich einer Versammlungsrede gesagt zu haben, man solle die schwarz-weißen Fahnen herunterreißen und sich Nahrungsmittel gewaltsam holen, wo man sie fände. Gegner gab zu gesagt zu haben, wenn der Referent des Landbundes zustande käme, würde die Bevölkerung wissen, woher sie die Lebensmittel zu nehmen haben. Trotz der einander sehr widersprechenden Zeugenaussagen wurde Gegner zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Demmin. An einem der letzten Abende ist der von Demmin nach Gnoien fahrende Postkraftwagen mit dem Personalkraftwagen der Firma Gustav Zeeß-Holst zusammengestoßen, in welchem sich die beiden Söhne Zeeß befanden. Der eine wurde aus dem Wagen geschleudert und hat einige Verletzungen am Kopf erlitten, während der andere unverletzt blieb. Das Auto ist vollkommen zertrümmert, ebenso hat der Postkraftwagen großen Schaden erlitten.

Braun a. Hg. Die Rügenische Kleinbahn hat in den letzten Jahren nicht nur nichts verdient, sondern allein für die Betriebsjahre 1919-20 Fehlbeträge von rund 730 000 Mark aufzuweisen. Das Kapital der Kleinbahn-Aktiengesellschaft beträgt rund 3 1/2 Millionen. Ueber ein Fünftel dieses Kapitals ist allein durch den genannten Fehlbetrag aufgezehrt.

Gedenktafel für den 13. Januar.

- 1635 * Philipp Jakob Spener, Begründer des Pietismus, in Rappoltswiler († 1705) — 1749 * Der Dichter Friedr. Müller (Maler Müller) in Kreuznach († 1825) — 1814 Erstürmung Wittenbergs durch die Preußen — 1914 * Der Kunstlehrer Alfred Lichtwardt in Hamburg (* 1852) — 1917 * Der Wagnerfänger Albert Hermann in Berlin (* 1831).



Stern-Bock

ein Malzkraftbier I. Ranges
 gelangt am 15. Januar zum Ausstoss.
 Versand in Fässern und Flaschen.
Sternbrauerei R. W. Heydemann.

Amtl. Bekanntmachungen

Betrifft Zahlung der Teuerungszuschüsse für den Monat Januar an Schwerbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Kriegseltern und Altrentner.

Die Zahlung findet statt:

- a) an Schwerbeschädigte und Altrentner am Montag, den 16. d. Mts. vorm. im Rathaus, Zimmer 10
 - b) an Kriegshinterbliebene und Kriegseltern mit den Anfangsbuchstaben A-H am Montag, den 16. d. M. I-R " Dienstag, " 17. " " " " " D-3 " Mittwoch, " 18. " "
- nachm. von 2-4 Uhr in dem Schulhause Butterstr. 12
 Stammtafeln sind mitzubringen.

Für die Gewährung der Teuerungszuschüsse kommen nicht in Betracht: Schwerbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Altrentner, die im Erwerbtleben stehen oder sonst neben der Rente ein entsprechendes Einkommen haben.

Stolz, den 12. Januar 1922.

Fürsorgestelle für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Stadtkreise Stolz.

Treibjagd im Waldkater.

Am 14. Januar d. Js. findet in den Anlagen des Waldkaters eine Treibjagd statt. Vor dem Betreten der Anlagen wird hiermit gewarnt.

Stolz, den 14. Januar 1922.

Die Polizeiverwaltung.
 Der Oberbürgermeister.

Staatsoberförsterei Stolz

verkauft am Mittwoch, den 25. Januar 1922 von vormittags 9 Uhr ab im Köppler'schen Saale zu Stolz i. Pom., Synagogenstraße 2 Laubholz gegen öffentliches Meistgebot unter den für die Preussischen Staatsforsten geltenden Verkaufsbedingungen.

a) Aus den Forstereien Buchhorst Jagd 129, 143 und Scharfenstein Jagd 117, 134, 135, 137, 153. Eichen: 101 Stück = 150 km, 2 rm Schichtholz; Buchen: 106 Stück = 93 km, 37 rm Rollen. Anderes Laubholz: 119 Stück = 70 km, 14 rm Rollen. Kiefer: 296 Stück = 324 km. — Wünsche in bezug auf die Losbildung werden, sofern sie dem Oberförster bis zum 18. Januar 1922 vorliegen, nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Mieterschutzverein.

Montag, den 16. d. Mts., abends 1/2 8 Uhr in der Aula der 3. Gemeindefschule

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: Vorstandswahl.
 Neuaufnahmen vor Eröffnung der Versammlung.
 Der Vorstand.

Weibliche Angestellte Stolps!

Am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags von 2-7 Uhr finden die

Wahlen zur Angestelltenversicherung

statt. Laßt Euch am Sonnabend Eure Versicherungskarte von Euren Arbeitgebern aushändigen.

Die Versicherungskarte gilt im Wahlbüro als Ausweis. Jede weibliche Angestellte, die im Alter nicht verkommen will, wählt nur die Vorschlagsliste B des Verbandes der weiblichen Handels- u. Büroangestellten Ortsgruppe Stolz.

Ausführliches siehe im lokalen Teil.

S. Karsten, Baugeschäft


Büro für Architektur und Bauausführung
 Sernspacher 134 Stolz i. Pom. Chausseestraße 2

Anfertigung von Bauprojekten, Zeichnungen, Kostenanschlägen pp.

Übernahme von Neubauten, baulichen Veränderungen und Reparaturen.

Ausführung aller Bauarbeiten mit zuverlässigem Personal zu realen Preisen.

Beste Empfehlungen.



Central-Lichtspiele

Mittelstrasse 16.

Freitag •• Sonnabend •• Sonntag

Der große Variété- und Zirkusfilm

Der Eid des Stephan Hüller

nach dem weltbekannten Roman von Felix Holländer.

In den Hauptrollen: Hanni Weisse, Anthon Edthofer, Arthur Berger, Dr. Max Pohl.

Dieser Film schildert in ergreifender, spannender Weise das Schicksal von Artisten, die durch die Ränke einer leichtsinnigen Frau ins Elend geraten. Der Illusion-Roman ist zu bekannt, um auf die Einzelheiten des Films näher einzugehen. Hanni Weisse spielt die reizende Frau Hortense Hüller voller Charme und Grazie.

Spannende Zirkus-Attraktionen und Variété-Einlagen geben eine besondere Anziehungskraft aus.

Niemand versäume diesen Film!!

Der Schrein der Medici

Detectivfilm in 5 Akten von Walter Wassermann mit Margit Barnay und Dr. Rothauer.

Äußerst spannend und sensationell aufgebaut, fesselt dieser Film den Zuschauer ungemein. Das Spiel der großen Schauspielerin Margit Barnay ist über jedes Lob erhaben.

Freiwillige Versteigerung.

Am Sonnabend, den 14. Januar, vormittags 10 Uhr werde ich in der Auktionshalle, Sandberg Nr. 1 wegen Verzuges:

Kleiderpind, Vertilow, Tisch, Stühle, Kücheneinrichtung, 1 Karre, Schaufeln und Harken, Spiegel mit Spind, Bettstellen mit Matratzen

ferner:
 2 eichene Büfets passend für Gastwirte, 1 Ruhbaum-Büfett, Chaiselongue, Schuhe und Stiefel, Kleider öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigern. Die Sachen sind gebraucht und 1/2 Stunde vor der Versteigerung zu besichtigen.

Franz Mesed
 gerichtlich vereidigter Sachverständiger u. Auktionator.

Zwangs-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr werde ich Sandberg 1 folgende Gegenstände als:

- 1 Tafelklavier
- 1 Vertilow

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern. Stolz, den 11. Januar 1922.

Haseney
 Gerichtsvollzieher.

Hausmacher- Leber- u. Blutwurst

empfehlen
 Rich. Denzer
 Neutorstr. 21.

Begräbnisverein „Treuhand“.

Außerord. Generalversammlung am 20. Januar 1922, abends 7 1/2 Uhr im Wallhause.

Tagesordnung:
 Beschlußfassung über die Verschmelzung des Vereins m. dem Begräbnisverein „Selbsthilfe“, Stolz.
 Da die am 11. 1. 22 einberufene Versammlung beschlußunfähig war, wird die am 20. 1. 22 einberuf. Generalvers. ohne Rücksicht auf Anzahl der Erschienenen beschlußfähig sein.
 Stolz, den 13. Januar 1922.
 Der Vorstand.

Welch Geldentwerder

würde jungem, talentiert, netten Mädel zur

Bühne

verhelfen? Selbige würde gern dafür Büroarbeiten u. übernehmen. Offerten unter C. 124 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein ordentl. Mädchen

sucht zum Februar
 Frau Gastwirt Plath
 Hebrondammstr.

Einige tüchtige Handformer

werden eingestellt.
 (Hoher Akkordverdienst.)
 Ernst Eisner Nachfolger
 Stargarder Eisengießerei
 Stargard i. Pom.

Einen mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertrauten Knecht sucht zum 1. Februar
 Gastwirt Plath, Hebrondammstr.

14 kar. goldene Damenuhr. (Sawonetten-Verschluß), 1 Paar vernickelte Damen-Schmittschuhe (Holländer), Gr. 26 preiswert zu verkaufen.
 Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.



Viel Geld

erhalten Sie für

Platin-Gold-Silber

Immer noch liegen in Schränken und Kästen alte, zerbrochene Uhren, Ringe, Ketten, Bestecke, Brennstifte usw. herum (zur Verarbeitung),

Zahngelbte bis 2000 Mkr.

Die denkbar höchsten Preise zahlt
 Edelmetall = Ankauf
 Stolz, Al. Auerstr. 26
 H. Wiese.

Eine tragende Fuchsstute

verkauft
 H. Gluske, Wulfflagge Abbau
 Kreis Neupletzin.

5 starke Absatzfertel

stehen zum Verkauf.
 F. Erdmann, Alt-Reblin.

2 Restaurationsgrundstücke

Erstklassige Geschäfte
 Landgrundst. Nähe Köslins, 20 Morg. Acker und Wiesen, 2 Rüche, 1 Stere, 1 Pferd, Schweine. Preis 230 000 Mk. Ang. d. Hälfte, verkauft
 Vahl, Köstlin, Markt 22,
 Telephon 574.

Kirchl. Anzeigen.

St. Marien.
 2. Sonntag nach Epiph. Vorm. 9 Uhr Frühgottesdienst.

Bastor Ahmud.
 Vorm. 10 1/2 Uhr Predigt.
 Bastor Rottke.

Darnach Beichte: Derlei. Feier des heil. Abendmahls. Kollekte für das S. in Salen. 1-2 Uhr Spargeldauszahlung in der Mittelschule.

Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche.
 Bastor lic. Steffen.
 2 Uhr desgl. im Spargeldauszahlungsst. Bastor Nobilitz.

Mittwoch, den 18. Januar, abds. 8 Uhr Bibelstunde in der 4. Gem.-Schule, Wallstraße.
 Bastor Ahmud.

Begräbniswoche:
 Bastor lic. Steffen.
 Trauungen:
 Bastor Ahmud.
 Tauten und Kommunionamt.
 Bastor Rottke.

Evangelisationsst. Arnoldstraße.

Sonntag, d. 15. Januar 1922, abends 5 1/2 Uhr Versammlung.

Ev. kirchl. Blutkreuzverein.
 Donnerstag, den 15. Januar 1922, abds. 8 1/4 Uhr Versammlung in der Aula der städt. Mittelschule.

Schloßstraße. Schwabengemeinde.

Vorm. 10 Uhr Gottesdienst und Abendmahl.
 Kollekte f. d. Magdalenenst. in Stettin.
 Bastor Rottke.

St. Johann.
 Nachm. 4 1/2 Uhr Gottesdienst. Kollekte zweifel.
 Bastor Nobilitz.

St. Petri.

Kirche geheizt.
 2. Sonntag n. Epiph.
 Vorm. 10 Uhr Predigt.
 Darnach Beichte u. Feier des hl. Abendmahls.
 Bastor Lamberg.

Kollekte für d. Magdalenenstift.
 Vorm. 11 1/2 Uhr Sitzung der vereinig. Kirchensippenkassen in der Satinier.
 Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst.
 Supt. Blatbe.
 Nachm. 5 Uhr Gottesdienst in St. Budow.
 Supt. Blatbe.

Beerdigungen:
 Bastor Lamberg.
 Trauungen:
 Supt. Blatbe.

Ev. luth. sep. Kirche. Poetensteig 5.

2. Sonntag nach Epiph. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.
 Botred.
 abends 8 Uhr Predigtgottesdienst.
 Witter.

Friedenskapelle.

Gem. gläub. get. Christen. Löperyadi - Gde. Dörns.
 Vorm. 9 1/2 Uhr Bibelstunde.
 Vorm. 11 Uhr Sonntagsschule.
 Nachmittags 4 Uhr Predigt.
 Abends 8 Uhr Jugendverein.
 Donnerstag, abends 8 Uhr Gebetsstunde.
 Pred. Kovolin.

Verein. ernst. Bibelgesellschaft.

Sonntag, 9 Uhr vorm. Bibelstunde. Donnerstag, 8 Uhr abds. Bibelstunde. Syrenm. Str. 4a.

Wandkalender

preiswert zu haben in der Buchdruckerei
 Otto Kellerstrass
 Goldstr. 20.

Zahnpraxis

villenartiges Haus, Garten, Stall. Inv. freie Wohnung, Kleinjahrgehnte bestehend, verkauft für 150 000 Mark
 Feldt, Stargard i. Pom.
 Heiligegeiststraße 30, Teleph. 546.